

1784 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1977  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhöhung  
der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds und die Über-  
nahme der gesamten Quote durch die Oesterreichische Nationalbank geändert  
wird

Gemäß Artikel III Abs. 2 des Übereinkommens über den Internationalen  
Währungsfonds, BGBl.Nr.105/1949, überprüft der Fonds die Quoten der Mit-  
gliedsstaaten in Abständen von 5 Jahren und schlägt, wenn es angemessen  
erscheint, Änderungen vor. Dadurch sollen die dem Fonds zur Verfügung  
stehenden Mittel dem Wachstum der Weltwirtschaft und die Quoten der  
einzelnen Mitglieder ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.  
Für Österreich wurde vom Direktorium des Internationalen Währungsfonds  
eine Quotenerhöhung um 60 Millionen Sonderziehungsrechte auf 330 Millionen  
Sonderziehungsrechte vorgeschlagen. Durch den vorliegenden Gesetzes-  
beschluß des Nationalrates soll der Bundespräsident oder ein von ihm  
dazu bevollmächtigter Vertreter ermächtigt werden, namens der Republik  
Österreich dem Internationalen Währungsfonds gegenüber die Erhöhung der  
österreichischen Quote zu notifizieren. Weiters soll im Hinblick auf die  
Neufassung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds  
eine Anpassung einiger weiterer Bestimmungen des Bundesgesetzes vom  
23. Juni 1971 über die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen  
Währungsfonds und die Übernahme der gesamten Quote durch die öster-  
reichische Nationalbank, erfolgen. Diese Änderungen haben lediglich die  
Zitierung der Bestimmungen entsprechend der Neufassung des Übereinkommens  
zum Gegenstand.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung  
vom 19. Dezember 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen,  
dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den  
Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1977  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhöhung  
der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds und die Über-  
nahme der gesamten Quote durch die Oesterreichische Nationalbank geändert  
wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1977 12 19

S c h i c k e l g r u b e r  
Berichterstatter

S e i d l  
Obmann